

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die 6spaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., bei Blauvorschritt 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseratenannahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Der Bundesrat wird am kommenden Dienstag zur Beratung der Finanzreform zusammentreten.

Die Aussperrung der Hamburger Bauarbeiter steht für Sonnabend zu erwarten.

In Philadelphia kam es zwischen streikenden Straßenbahnbediensteten und Polizisten zu blutigen Zusammenstößen.

Was nun?

Leipzig, 4. Juni

Die junkerliche wie die Zentrumspresse können sich nicht genug tun an der Freude über ihr Kunststück bei der Finanzreform und gebärden sich, als wäre nun alles glatt und in Ordnung. Inzwischen ist die Lage in Wirklichkeit verworrener denn je. Das pfäfflich-junkerliche Kartell hat zwar einen Haufen indirekter Steuern vorgeschlagen, deren Ertrag von den Autoren auf 366 Millionen veranschlagt wird. Außer dem Ausfuhrzoll auf Kohlen sind es lauter Steuern, die die Massen schwer treffen würden. Das würde die bürgerlichen Parteien kaum abhalten, dafür zu stimmen, aber es sind darunter Steuern, die einzelne Gewerbe ruinieren würden. Die Steuer auf Glühlampen, die 20 Millionen einbringen soll, wird natürlich auch jetzt auf den scharfen Protest der Elektrizitäts- und Gaswerke stoßen, der die allgemeine Steuer auf Gas und Elektrizität zu Fall brachte. Die Jüdnholzfabrikanten haben bereits ihrem Protest Ausdruck gegeben: die Vertreter von 46 Fabriken, in denen angeblich 95 Prozent der Produktion Deutschlands hergestellt werden, erklären, das Gewerbe werde durch die Steuer ruiniert, und verlangen für den Fall, daß die Steuer angenommen wird, eine Erhöhung des Einfuhrzolls von 10 auf 25 M. pro Doppelzentner und obendrein die Kontingentierung der Produktion. Die Steuer auf kosmetische Mittel muß natürlich einen Sturm hervorrufen sowohl in den Kreisen der heimischen Großindustrie, als auch besonders bei den Drogisten und Friseurern. Die Mühlenumsatzsteuer ist geradezu eine Erdrosselungssteuer für die Großbetriebe. Daß die Kohlausfuhrsteuer die Schlotbarone überhaupt und ganz speziell die Beherrscher der Syndikate in Harz nisch bringen wird, ist klar.

Diese Proteste des Unternehmertums sind nun insofern wichtig, als die Regierung und die bürgerlichen Parlamentarier, denen die Belastung der Konsumenten höchst gleichgültig ist, solange die Massen es sich gefallen lassen, sich noch sehr besinnen werden, ob sie die Sache machen können. Was die Regierung anbetrifft, so hat sie bisher weder ja noch nein gesagt. Ganz besonders waren aber Herr Sndow die Mühlenumsatzsteuer und der Kohlen-

ausfuhrzoll bedenklich. Dazu kommt noch, daß die Mühlenumsatzsteuer den einzelnen Bundesstaaten, die schon eine derartige Steuer haben, unannehmbar ist. Es ist also noch sehr fraglich, ob der Bundesrat diese Steuern akzeptiert. Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien ist insofern fraglich, als die Mitglieder der Rumpfkommmission ihrer Parteigenossen durchaus noch nicht ganz sicher sind. Das Zentrum hat freilich seine Leute an der Strippe, die parieren Order, dagegen ist es noch sehr fraglich, ob die Reichspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung, ja selbst ob alle Konservativen mitmachen. Die Polen haben sich bereits in der Kommission gegen den Kaffee- und Teezoll ausgesprochen, die Reichspartei gegen den Ausfuhrzoll auf Kohlen. Wenn also die Kreuzzeitung triumphiert, für diesen Steuerbrei sei eine kompakte Mehrheit von 216 Stimmen gesichert ohne die Polen, so ist das eitel Aufschneidererei.

Noch weniger klappt es bei den sogenannten Besitzsteuern, in Wirklichkeit Umsatzsteuern, die die Rumpfkommmission präsentiert. Die Kommission schätzt den Ertrag der Rotierungssteuer auf Wertpapiere mit 80 Millionen ein, die Wertzuwachssteuer mit 60 Millionen. Herr Sndow hat in der Kommission die Rotierungssteuer als einen Un Sinn bezeichnet und die Hochfinanz macht mit allem Eifer ihre Kräfte mobil, um gegen diese Steuer zu protestieren. Aber auch den Konservativen geht nachträglich ein Licht auf, daß sie sich dabei womöglich ins eigene Fleisch schneiden. Ganz abgesehen davon, daß ja die Parteigänger der Konservativen zum großen Teil Besitzer von Wertpapieren sind, hat man übersehen, wie sehr diese Steuer den landwirtschaftlichen Kredit verteuern würde. In Sachsen sind die Herren bereits dahinter gekommen und haben nähere Untersuchungen angestellt, wobei sie zu folgendem Resultate kommen: die landwirtschaftlichen Kreditinstitute haben bis Ende 1906 für drei Milliarden Pfandbriefe ausgegeben, heute dürften es beträchtlich mehr sein; nach dem Vorschlage der Kommission soll für festverzinsliche Papiere 1 M. pro 1000 Steuer entrichtet werden; das würde also für diese Pfandbriefe über drei Millionen Steuer betragen. Außer diesen rein landwirtschaftlichen Instituten kommen indessen auch die Hypothekenbanken überhaupt in Betracht, denn die Landwirte schöpfen auch aus dieser Quelle Kredit; diese Banken aber haben über 13 Milliarden Pfandbriefe im Umlauf. Wer würde nun die Steuer zahlen? Die Kreditinstitute sicher nicht, die Geldgeber aber auch nicht. Bei der Abwälzung von Steuern kommt einfach in Frage, wer die wirtschaftliche Macht hat. Bei dem gegenseitigen Verhältnis von Kreditgeber und Kreditnehmer ist natürlich der Geber der Mächtigere, er diktiert die Bedingungen, folglich werden die die Steuer zahlen, die Geld auf Hypotheken aufnehmen. Also die Großgrundbesitzer, die Bauern und Hauseigentümer würden prompt mit 13 Millionen Steuern belastet werden. Sobald diese Erkenntnis in den Schädeln der Junker aufdämmert, ver-

lieren sie sicher den Geschmack an der von ihren Vertretern ausgeherten Steuer. Auf diese Weise ist es sehr fraglich, ob diese Steuern im Reichstage eine Mehrheit finden.

Schließlich die Erbschaftsteuer. Herr Sndow hat in der Rumpfkommmission in letzter Stunde erklärt, die Regierung halte an der Idee fest. Aber man weiß freilich zur Stunde nicht, was sie eigentlich will. Die Nachlasssteuer hat sie fallen gelassen und hat sich dafür verpflichtet, eine andre Form vorzuschlagen, nämlich die Ausdehnung der bestehenden Erbschaftsteuer auf das Erbe der Kinder und Ehegatten. Bisher ist das Projekt aber noch nicht veröffentlicht. Hier nun kann sich eine recht amüsante Situation ergeben: der Bloß der Junker und Pfaffen bringt schließlich eine Majorität zustande, die Vosittoves schaffen kann, aber er hat wahrscheinlich die Majorität, um die Erbschaftsteuer zu Fall zu bringen. Dann würde also die Regierung schließlich die Besitzsteuern überhaupt nicht bewilligt bekommen. Als einziger Ausweg bleibt dann Auflösung des Reichstags. Diesen Ausweg will weder Bülow, noch wollen ihn die Liberalen, noch auch die Junker. Denn das ist sicher: die Wahlen würden anders ausfallen, als beim Hottentottenrummel.

Diese traurige Perspektive entlockt der Tante Boff den Stoßseufzer: „Ein Millerand tut uns not — hat einmal der leitende Staatsmann gesagt. Wie anders sähe es heute in Deutschland aus, wenn die Sozialdemokratie nicht revolutionärem Radikalismus huldigte, sondern in den Bahnen der Millerand, Briand und Viviani wandelte.“ O gewiß, das könnte den liberalen Jammerlappen passen! Wenn es Leute vom Kaliber der Millerand und Briand gebe, die das deutsche Proletariat dem Liberalismus dienstbar machen wollten, dann wäre diesem gefolgt. Zum Glück liegt indessen die Sache so, daß, wer in Deutschland Millerand nachschaffen wollte, von den deutschen Arbeitern nur einen Fußtritt zu erwarten hätte. Und weil dem so ist, wird es nicht dazu kommen, daß die Vertreter der Arbeiter eine „Reform“ durchdrücken, die mit 400 Millionen Mark indirekter Steuern pro Jahr die Arbeiterklasse neu belastet. Wenn die Boffin es so meint, dann kann sie warten bis sie schwarz wird. Der Freisinn sehnt sich im Augenblick nach der Millerandschen Taktik, weil diese ihm den Wahlkampf ersparen würde. Wir dagegen sind der Meinung, daß die Aufgabe darin besteht, die Frage vor die Wähler zu bringen. Das Volk soll sprechen! Davor graut dem Freisinn? Um so schlimmer für ihn.

Aber wir täuschen uns auch nicht darüber, daß in diesen vierzehn Tagen bis zum Zusammentritt des Reichstags schließlich doch noch ein Kuhhandel für die „Besitzsteuern“ zustande kommen wird. Es besteht nach wie vor die Gefahr, daß den arbeitenden Massen 400 Millionen drückender Konsumsteuern aufgebürdet werden und dagegen heißt es mit aller Macht sich wehren.

Seuilleton.

Erdschud.

Von B. Blasco Ibañez

Autorisierte Uebersetzung aus dem Spanischen von Wilh. Thal. Nachdruck verboten.

Die Mittagsstunde war bereits vorüber, und schon waren die „Sieben Kanäle“ etwas müde, denn schon lange hatten sie die Wohlthat ihrer Justiz gespundet, als der Aguazil laut und vernehmlich Batiste Borrull aufrief, der wegen Ungehorsams und Verletzung der die Bewässerungsfrage regelnden Vorschriften vorgeladen war. Batiste und Pimento schritten durch die Schranke, und die Anwesenden drängten sich noch weiter vor. Man sah hier viele Bewohner des Bezirks, in dem die früheren Leeder des Vaters Barret lagen, denn man interessierte sich sehr stark für diese Angelegenheit, in der der verhasste Eindringling auf die Anzeige Pimentos, des Atandadors (Wasserverteiler), angeklagt war.

Pimento, der sich auch mit Wahlen beschäftigte und in der ganzen Gegend den kühnen Mann spielte, hatte sich dieses Amt zu verschaffen gewünscht, das ihm eine gewisse Autorität verlieh und seinen Nimbus bei seinen Nachbarn noch verstärkte; denn diese luden ihn an den Bewässerungstagen aus bestimmtem Grunde gern zu sich ein.

Batiste war insofern der Ungerechtigkeit der Anzeige so entrüstet, daß er zuerst blaß geworden war. Mit wütenden Blicken betrachtete er alle diese bekannten und spöttischen Gesichter, die sich gegen die Schranke drängten; er betrachtete seinen Feind Pimento, der sich stolz hin und

her wiegte, wie jemand, der gewöhnt ist, vor Gericht zu erscheinen und an der unbestreitbaren Autorität der Richter seinen Anteil hat.

„Sprecht Ihr da!“ sagte der „älteste Kanal“, indem er einen Fuß vorstreckte.

Nach Jahrhunderte alter Gewohnheit bediente sich der Präsident nicht der Hände, sondern zeigte auf den, der sprechen sollte, mit seinem Schuh.

Pimento erhob seine Anklage.

Dieser Mann, der da neben ihm stand, hatte sich, jedenfalls, weil er erst kurze Zeit in der Huerta war, eingebildet, die Verteilung des Wassers wäre etwas Unbedeutendes, und alles müßte nach seinem Willen gehen. Nun hatte er, Pimento, der Atandador, der Vertreter der Wasserjustiz im ganzen Bezirk, Batiste die Stunde zur Bewässerung seines Getreides angebegeben: nämlich für zwei Uhr morgens. Doch dieser Herr, der so früh nicht aufstehen wollte, hatte, als die Reihe an ihm war, die Zeit verstreichen lassen; und erst um fünf Uhr, als das Wasser schon andern gehörte, hatte er die Fieschüge des Kanals hochgezogen, ohne von jemand dazu Erlaubnis zu haben — erstes Vergehen. — er hatte den Nachbarn das Wasser gestohlen — zweites Vergehen — und sich mit Gewalt den Befehlen des Atandadors widersetzt, was das dritte und letzte Vergehen bildete.

Der dreifach Angeklagte, der über Pimentos Rede in die höchste Wut geraten war, und dessen Gesicht in allen Farben spielte, konnte sich nicht länger beherrschen.

„Lüge und abermal's Lüge!“

Der Gerichtshof ärgerte sich über die Energie und die Respektlosigkeit, mit der der Angeklagte protestierte.

Wenn er nicht schwiege, würde man ihm eine Geldstrafe auferlegen. Doch was waren die Geldstrafen gegen den Zorn dieses friedsliebenden Menschen? Batiste protestierte weiter gegen die Ungerechtigkeit der Menschen,

gegen das Gericht; das Spießbuben- und Schurken, wie Pimento, zu Dienern hatte.

Doch nun geriet der Gerichtshof in Zorn und die „Sieben Kanäle“ zeternten:

„Hier Heller Strafe!“

Plötzlich wurde sich Batiste über seine Lage klar; ganz entsetzt über die Geldstrafe schwiege er, während im Publikum das fröhliche Lachen und das Geheul seiner Feinde losbrach, und er blieb unbeweglich mit gebeugtem Haupt und Blutränen in den Augen stehen, bis Pimento seine Anklage beendet hatte.

„Sprecht Ihr jetzt!“ sagte der Präsident endlich zu ihm.

Doch man sah wohl an den Blicken der Richter, daß sie wenig Sympathie für diesen Störenfried hatten, der die Feierlichkeit der Sitzung mit seinen Protesten unterbrach.

Batiste begann zitternd vor Zorn zu stammeln; weil er selbst seine Sache für sehr gerecht hielt, wußte er nicht, wie er seine Verteidigung einleiten sollte. Man hatte ihn betrogen. Dieser Pimento war ein Lügner und außerdem sein erklärter Feind. Der Atandador hatte ihm gesagt, er wäre um fünf Uhr morgens an der Reihe, er erinnerte sich dessen ganz genau, und jetzt behauptete dieser Mensch, es wäre um zwei Uhr gewesen. Das alles tat er nur, um ihm zu einer Strafe zu verhelfen und um das Getreide zu töten, von dem das Leben seiner Familie abhing. Galt dem Gerichtshof das Wort eines Ehrenmannes etwas? Nun denn, was er sagte, war die Wahrheit, wenn er auch keine Zeugen vorzuführen hatte, es war ja nicht möglich, daß die Herren Richter, die doch so gute Menschen waren, zu so einem Halunken wie Pimento, Vertrauen haben könnten.

Der Schuh des Präsidenten klopfte auf die Knieen und beschwor so die Sturmflut von Protesten, die sich unter den Zuhörern erhob.